

# Anträge zum Parteiprogramm der SP Graubünden

## Antrag 1: SP Prättigau

Das Parteiprogramm bleibt in der jetzigen Form bei manchen Themen recht stark an der Oberfläche, und es wirkt stellenweise wenig weitsichtig und visionär. So wird bei einzelnen Themen im Detail aufgelistet, welche Stossrichtung die Politik die SP Graubünden in Sachen Lösungsfindung verfolgen möchte. Bei anderen Themen hingegen bleiben diese Ausführungen eher vage.

Auch auf sprachlicher Ebene finden sich im Parteiprogramm unglücklich gewählte oder abstrakte Begriffe oder Formulierungen.

Konkret:

- a. **Herausforderungen:** Dieser Begriff wird gerne von Menschen verwendet, um davon abzulenken, dass es sich um konkrete Probleme, Themen, Schwierigkeiten, Notwendigkeiten oder Aufgaben handelt, die man anpacken sollte. Es gibt in der Tat Herausforderungen, diese werden aber nicht angepackt, sondern mehr oder weniger erfolgreich bewältigt.
- b. **Nachhaltig, Nachhaltigkeit:** Dieser Begriff wird vor allem von bürgerlicher respektive unternehmerischer Seite überstrapaziert und stark verwässert. Für echte grüne Politik ist er redundant, denn was nicht nachhaltig ist, ist nicht grün. Entsprechend sollten die betroffenen Passagen entweder umformuliert werden oder das Wort ersatzlos gestrichen werden. Stellenweise machen wir hierzu konkrete Vorschläge im Text.
- c. **Feminismus, feministisch:** An verschiedenen Stellen ist von den Errungenschaften des Feminismus die Sprache. Diese Aussage ist in sich ausgrenzend, denn nicht alle Menschen, die sich für Anliegen wie Inklusion oder Gleichberechtigung einsetzen würden sich als feministisch bezeichnen. Kommt hinzu, dass es nicht nur den einen Feminismus gibt. Entsprechend sollten die Passagen umformuliert werden. Auch hierzu machen wir konkrete Vorschläge im Text.
- d. **Familie:** Familienförderung respektive Familienpolitik steht praktisch bei allen Parteien im Programm, allerdings mit verschiedenen Werten und Definitionen im Hintergrund. Gerade als SP sollten wir bemüht sein, auch andere Formen des Zusammenlebens und Kindererziehung sichtbar zu machen, und uns in unserer Politik nicht nur am konventionellen, heteronormen Familienbild orientieren.
- e. **Migration, Asylwesen:** Migration ist ein Begriff, der von sämtlichen Parteien und vor allem auch in den Medien verwendet wird. Dieser abstrakte Begriff verschleiert die Tatsache, dass Menschen aus unterschiedlichen Gründen in die Schweiz kommen. Gerade als SP sollten wir in unserer Wortwahl in diesem Thema sorgsamer sein und schärfer unterscheiden zwischen Fachkräften, respektive Arbeitskräften, die aus dem Ausland freiwillig zuwandern und Menschen, die in der Schweiz Zuflucht suchen.

**Das verabschiedete Parteiprogramm sollte auf Inhalt und Sprache am Ende im Sinne einer gründlichen Schlussredaktion/Lektorat noch einmal überarbeitet und vereinheitlicht werden.**

**Modifizierte annehmen:** Das Parteiprogramm wird nach dem Parteitag einer Schlussredaktion unterzogen. Die von den Antragsstellenden eingebrachten Vorschläge werden dabei berücksichtigt – jedoch ohne Garantie, dass alle vorgeschlagenen Umformulierungen übernommen werden.

# 1. GRAUBÜNDEN – SOZIAL GERECHT, ÖKOLOGISCH, DEMOKRATISCH

## Anträge zu Kapitel 1

### Antrag 2: Rosalina Müller, Andri Schwarz

Was ist unsere Antwort auf diese globalen Krisen? Wir engagieren uns ganz konkret, beginnend in unseren Gemeinden und Talschaften, im Kanton Graubünden. In der Partei und darüber hinaus. Und tragen dieses Engagement auf alle staatlichen und überstaatlichen Ebenen. Wir verteidigen ein demokratisches, offenes und geeintes Europa mit globaler Perspektive. Wir glauben an unsere Werte der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit. Wir leben sie im Alltag und in der Politik und stützen uns dabei auf die Erkenntnisse der Wissenschaften. Die Gestaltungsmacht liegt in unserer Hand. Unsere Antwort auf die globalen Krisen ist die Sozialdemokratie.

Die Gestaltungsmacht liegt in unserer Hand. Unsere Antwort auf die globalen Krisen ist die Sozialdemokratie **der demokratische Sozialismus.**

*Begründung: Der Kapitalismus ist von Krisen geprägt und als Wirtschaftssystem nicht länger tragbar. Unsere Antwort darauf muss lauten: Revolution. Wir müssen als Partei eine klare Vision für die Zukunft bieten und das geht nur mit dem Sozialismus.*

#### Ablehnen

**Begründung:** Auch wenn der demokratische Sozialismus ideologisch dem Ziel der Sozialdemokratie entspricht, ist der Begriff „Sozialdemokratie“ im Kontext des Parteiprogramms der SP Graubünden sinnvoller. Die Geschäftsleitung ist der Ansicht, dass das Parteiprogramm dadurch zugänglicher für interessierte Personen wird.

### Antrag 3: SP Prättigau

#### Sozial gerecht

Wir streben eine Gesellschaft an, in der alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, Identität oder Lebensrealität – die gleichen Chancen auf ein würdevolles Leben haben. Für die SP Graubünden heisst das: die Kaufkraft der Menschen stärken, den Service Public ausbauen und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Privilegien für Superreiche, Diskriminierung und Sozialabbau haben in einem gerechten Graubünden keinen Platz. Stattdessen wollen wir den Wohlstand gerecht verteilen und kämpfen für eine inklusive, gerechte Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die alle mitnimmt, ist besser gewappnet gegen Faschismus und Autokratie.

Das Adjektiv *gerecht* wird etwas zu oft verwendet.

**Umformulieren.**

**Annehmen:** Wir schlagen eine Umformulierung der 5. Zeile vor: „...für eine inklusive Gesellschaft“ statt „...für eine inklusive, gerechte Gesellschaft“.

#### **Antrag 4:** Rosalina Müller, Andri Schwarz

##### **Sozial gerecht**

Wir streben eine Gesellschaft an, in der alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, Identität oder Lebensrealität – die gleichen Chancen auf ein würdevolles Leben haben. Für die SP Graubünden heisst das: die Kaufkraft der Menschen stärken, den Service Public ausbauen und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Privilegien für Superreiche, Diskriminierung und Sozialabbau haben in einem gerechten Graubünden keinen Platz. **Stattdessen wollen wir den Wohlstand gerecht verteilen und kämpfen für eine inklusive, gerechte Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die alle mitnimmt, ist besser gewappnet gegen Faschismus und Autokratie.**

Stattdessen **wollen wir durch gezielte Rückverteilung für eine gerechtere**

**Vermögensverteilung sorgen** und kämpfen für eine inklusive, gerechte Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die alle mitnimmt, ist besser gewappnet gegen Faschismus und Autokratie.

*Begründung: Uns ist wichtig, mit dem Begriff Rückverteilung den ausbeuterischen Charakter des bestehenden Systems zu benennen. Er macht deutlich, dass es die Arbeiter\*innen sind, die den Mehrwert erwirtschaftet haben, von dem die Reichen profitieren – und dass es darum geht, ihnen davon zurückzugeben. Rückverteilung trifft diesen Anspruch genauer als der Begriff der Umverteilung.*

**Annehmen**

#### **Antrag 5:** Rosalina Müller, Andri Schwarz

##### **Ökologisch**

Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit – und Graubünden muss beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernehmen. Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es weiterhin massive Investitionen in erneuerbare Energien und eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz. Gleichzeitig müssen wir den öffentlichen Verkehr stärken, um die Verkehrswende voranzutreiben. Eine nachhaltige Raumplanung ist entscheidend, um unsere alpinen Landschaften zu schützen und Graubünden zukunftsfähig zu machen. **Ein klimaneutraler Kanton bedeutet nicht nur aktiven Umweltschutz, sondern auch neue Arbeitsplätze und langfristige Perspektiven für kommende Generationen.**

**Der Kampf gegen den Klimawandel ist neben dem Ausbau neuer Technologien aber primär ein Kampf für einen Umbruch in der Gesellschaft. So müssen die Verantwortlichen der Klimakrise, für deren bereits spürbare Folgen und deren Bekämpfung, bezahlen.** Ein klimaneutraler Kanton bedeutet demnach nicht nur aktiven Umweltschutz, sondern auch neue Arbeitsplätze und langfristige Perspektiven für kommende Generationen.

*Begründung: Es ist hier wichtig, bereits in der Einleitung die systematische Komponente des Kampfes gegen den Klimawandel zu betonen und nicht die wirtschaftliche.*

**Modifiziert annehmen:** „Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit – und Graubünden muss beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernehmen. **Dazu braucht es einen Umbau der Gesamtwirtschaft.** Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es weiterhin massive Investitionen in erneuerbare Energien und eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz. Gleichzeitig müssen wir den öffentlichen Verkehr stärken, um die Verkehrswende voranzutreiben. Eine nachhaltige Raumplanung ist entscheidend, um unsere alpinen Landschaften zu schützen und Graubünden zukunftsfähig zu machen. Ein klimaneutraler Kanton bedeutet nicht nur aktiven Umweltschutz, sondern auch neue Arbeitsplätze und langfristige Perspektiven für kommende Generationen. **Die Finanzierung des Klimaschutzes muss dabei sozial gerecht sein. Es sollen insbesondere diejenigen dafür bezahlen, die am meisten zur Klimakrise beigetragen haben.**“

**Begründung:** Wir sind inhaltlich mit dem Antrag einverstanden und modifizieren lediglich die Art der Einbettung in den ursprünglichen Text. Zudem übernehmen wir die Formulierung der Initiative „Für eine Zukunft“, welche sich mit dem Anliegen befasst.

## **Antrag 6:** SP Prättigau

### **Ökologisch**

Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit – und Graubünden muss beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernehmen. Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es weiterhin massive Investitionen in erneuerbare Energien und eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz. Gleichzeitig müssen wir den öffentlichen Verkehr stärken, um die Verkehrswende voranzutreiben. Eine nachhaltige Raumplanung ist entscheidend, um unsere alpinen Landschaften zu schützen und Graubünden zukunftsfähig zu machen. Ein klimaneutraler Kanton bedeutet nicht nur aktiven Umweltschutz, sondern auch neue Arbeitsplätze und langfristige Perspektiven für kommende Generationen.

Es ist nicht nur die Raumplanung, die uns hilft, die alpinen Kultur- und Naturlandschaften zu erhalten, sondern auch ein generelles Umdenken der Gesellschaft in Richtung Kreislaufwirtschaft, was übrigens vom eidgenössischen Umweltgesetz auch so gefordert wird. Zum Beispiel indem man die Ressource Holz nicht nur als Baumaterial oder Energieholz verwendet, sondern die anfallenden biogenen Abfälle, Nebenprodukte auf allen Stufen der Wertschöpfung energetisch oder anderweitig nutzt. Nicht zuletzt helfen Biogasanlagen etc. auf landwirtschaftlichen Betrieben, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu verringern.

### **Umformulierung und Ergänzung:**

Eine weitsichtige Raumplanung sowie ein stärkeres Umdenken in Richtung Kreislaufwirtschaft sind entscheidend, um unsere alpinen Kultur- und Naturlandschaften erhalten und Graubünden zukunftsfähig zu machen.

**Modifiziert annehmen:** „Eine nachhaltige Raumplanung sowie eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft sind entscheidend, um unsere alpinen Kultur- und Naturlandschaften zu erhalten und Graubünden zukunftsfähig zu machen.“

**Begründung:** Die Geschäftsleitung ist der Ansicht, dass der Begriff „weitsichtig“ nicht die gleiche Aussagekraft hat wie der Begriff „nachhaltig“. „Nachhaltigkeit“ ist ein wissenschaftlich fundierter Begriff, der darauf abzielt, Ressourcen so zu nutzen, dass eine dauerhafte Bedürfnisbefriedigung möglich ist – unter Wahrung der natürlichen Regenerationsfähigkeit der beteiligten Systeme. Die Ergänzung um die Kreislaufwirtschaft wird von uns befürwortet.

## **Antrag 7:** SP Prättigau

### **Demokratisch**

Bildung ist Grundlage der Demokratie – sie kräftigt uns als Gemeinschaft und als Individuen, sie ist die wichtigste Ressource Graubündens. Unsere vielfältige Kultur und die Mehrsprachigkeit sind der gesellschaftliche Kitt, dem wir Sorge tragen müssen. **Die Errungenschaften des Feminismus verteidigen wir – und wir bauen sie aus.** Die Institutionen müssen ein Abbild der Gesellschaft sein. Die SP Graubünden setzt sich deshalb für eine noch stärkere Demokratisierung des Kantons ein. Mit weniger, dafür leistungsfähigeren Gemeinden. Mit grösseren Regionen als Wahlkreisen. Wir fordern einen gezielten Ausbau der Volksrechte – durch die Einführung des Stimmrechts für Niedergelassene und die Demokratisierung der Wirtschaft.

Wie unter Antrag 1c erwähnt, ist auch nicht klar, was *mit Errungenschaften des Feminismus* gemeint ist.

### **Umformulierung:**

Die Errungenschaften in Sachen Gleichstellung, Chancengerechtigkeit und Inklusion verteidigen wir – und bauen sie aus.

**Modifiziert annehmen:** 3. Zeile: „Die Errungenschaften ~~des Feminismus~~ in Sachen Gleichstellung, Inklusion und Feminismus verteidigen wir – und wir bauen sie aus.“

**Begründung:** Die Geschäftsleitung unterstützt den Vorschlag der Antragsstellenden, dass der Begriff „Feminismus“ nicht alle wichtigen Errungenschaften vollständig abbildet. Daher ergänzen wir die Aufzählung um die Begriffe „Gleichstellung“ und „Chancengerechtigkeit“. Den Begriff „Feminismus“ erachten wir jedoch weiterhin als zentral. Feministische Politik – sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart – ist ein wesentlicher Bestandteil der sozialdemokratischen Identität.

## 2. EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE – GERECHT, GESUND, BEZAHLBAR

### Anträge zu Kapitel 2

## BEZAHLBARER WOHNRAUM

**Antrag 8:** Rosalina Müller, Andri Schwarz

#### 4. **Genossenschaftliches Bauen und Wohnen gezielt fördern: Um bezahlbaren Wohnraum zu sichern und gemeinschaftliche Wohnformen zu stärken.**

*Begründung: Wenn wir von bezahlbarem Wohnraum sprechen, sollte genossenschaftliches Wohnen und Bauen Thema sein, da sich Genossenschaften nicht am Markt orientieren müssen und nicht von Spekulation betroffen sind. Ausserdem sind die Wohnformen, die sich ergeben, sozial, gemeinschaftlich und ökologisch, was zukunftsfähig ist und wir als Sozialdemokratie befürworten.*

**Modifiziert annehmen:** „Gemeinnütziges Wohnen: Genossenschaften und andere gemeinnützige Wohnbauträgerschaften schaffen langfristig bezahlbaren Wohnraum – unabhängig von Marktlogik und Spekulation. Ihre Rolle muss gezielt gestärkt werden, etwa durch erleichterten Zugang zu Bauland und finanzielle Unterstützung bei Planung und Bau.“

**Begründung:** Die Geschäftsleitung befürwortet die Aufnahme eines neuen Punktes und erweitert den Vorschlag der Antragsstellenden um mögliche konkrete Massnahmen.

## GESUNDHEIT

**Antrag 9:** Rosalina Müller, Andri Schwarz

3. **Psychische Gesundheit:** Der Kanton soll den dezentralen Zugang zu Therapieplätzen und Präventionsangeboten ausbauen und niederschwellige Anlaufstellen schaffen. Das verkürzt Wartezeiten.

3. Psychische Gesundheit: Der Kanton soll den dezentralen Zugang zu Therapieplätzen und Präventionsangeboten **in den verschiedenen Regionen gewährleisten** und niederschwellige Anlaufstellen schaffen. ~~Das verkürzt Wartezeiten.~~

*Begründung:*

- *Der Kanton soll das Therapie- und Präventionsangebot nicht nur ausbauen, sondern eine ausreichende Versorgung in den Gesundheitsregionen gewährleisten.*

- Die Aussage, dass so Wartezeiten verkürzt werden könnten, wird durch die erste Änderung überflüssig, denn die ausreichende Versorgung soll ja gewährleistet werden.

**Modifizierte Annahme:** „Psychische Gesundheit: Der Kanton soll den dezentralen Zugang zu Therapieplätzen und Präventionsangeboten **bedarfsgerecht** ausbauen und niederschwellige Anlaufstellen schaffen, um Wartezeiten zu vermeiden.“

**Begründung:** Die Geschäftsleitung ist der Ansicht, dass die geografische Zugänglichkeit bereits durch den Begriff „dezentral“ abgedeckt ist. Zudem soll mit dem Begriff „bedarfsgerecht“ auch die geforderte Qualität der Angebote erfasst werden. Die Vermeidung von Wartezeiten erachten wir als zentral.

## STARKER SOZIALSTAAT

### Antrag 10: SP Prättigau

- 2. Familien stärken:** Familie muss Chance statt Risiko sein. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen für Familien sowie bezahlbare und einfach zugängliche Kinderbetreuungsplätze. Ausserdem braucht es genügend Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Siehe auch Ausführungen unter Antrag 1d

Der Begriff *Familienpolitik* sollte modern *Elternpolitik* heissen, wenn es hauptsächlich um Kinder geht. Dann wären Patchwork- und Queerpaare, Konkubinäre, Alleinerziehende und konventionell Verheiratete miteinander angesprochen. Und die SP hätte erst noch einen Begriff, den die anderen Parteien nicht verwenden.

#### **Umformulierung:**

**Eltern stärken:** Wir fordern eine Elternpolitik, die alle Erziehungsberechtigten, in der Betreuung ihrer Kinder unterstützt und entlastet. Wir fordern deutliche Erhöhungen der Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen für Eltern sowie [...]

#### **Ablehnen**

**Begründung:** Der Begriff „Familienpolitik“ ist weiter gefasst und damit inklusiver. „Elternpolitik“ hingegen könnte missverständlich sein und als ausschliesslich auf Eltern fokussiert wahrgenommen werden. Zudem wollen wir den Begriff „Familienpolitik“ nicht den Bürgerlichen überlassen.

**Antrag 11:** Rosalina Müller, Andri Schwarz

- 5. Migration als Chance:** Angesichts der demografischen Entwicklung (niedrige Geburtenrate, Abwanderung und Alterung) ist Graubünden auf Zuwanderung angewiesen. Damit den Schulen nicht die Kinder ausgehen, die Dörfer lebendig bleiben und genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, ist Zuwanderung zu fördern und nicht zu behindern.

~~5. Migration als Chance: Angesichts der demografischen Entwicklung (niedrige Geburtenrate, Abwanderung und Alterung) ist Graubünden auf Zuwanderung angewiesen. Damit den Schulen nicht die Kinder ausgehen, die Dörfer lebendig bleiben und genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, ist Zuwanderung zu fördern und nicht zu behindern.~~

**5. Gleiche Rechte und Chancen für migrantisierte Personen: Voraussetzung dafür ist der systematische Abbau struktureller Diskriminierungen. Der Zugang zu Bildung, zum Arbeitsmarkt und zur gesellschaftlichen Teilhabe muss für alle gewährleistet sein. Denn schliesslich ist der Kanton angesichts seiner demografischen Entwicklung auf Zuwanderung angewiesen.**

*Begründung: Der Abschnitt „Migration als Chance“ betrachtet Migration vor allem aus wirtschaftlicher Sicht und sieht migrantisierte Menschen in erster Linie als Arbeitskräfte. Doch im Zentrum muss der Mensch stehen – nicht nur dessen wirtschaftlicher Nutzen oder dessen Nutzen für den Kanton Graubünden. Es geht darum, dass alle Menschen im Kanton Graubünden, unabhängig von ihrer Herkunft, ein würdiges und selbstbestimmtes Leben führen können und das wollen wir hervorheben, indem wir einen leichten Zugang zu Bildung und Arbeit, aber auch zum gesellschaftlichen Leben in den Fokus rücken.*

**Modifiziert annehmen:** „Migration als Chance: Angesichts der demografischen Entwicklung - niedrige Geburtenrate, Abwanderung und Alterung - ist Graubünden auf Zuwanderung angewiesen. Entsprechend sollte diese gefördert und nicht behindert werden. Dazu gehört der chancengerechte Zugang zu Bildung und Weiterbildung, zum Arbeitsmarkt und zur gesellschaftlichen Teilhabe sowie der Abbau struktureller Diskriminierung.“

**Begründung:** Die Geschäftsleitung schlägt eine Kombination der beiden zu diesem Punkt eingereichten Anträge vor. Einerseits unterstützen wir das Anliegen, dass Migration nicht allein der Linderung des Fachkräftemangels dienen soll. Vielmehr müssen alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – chancengerechten Zugang zur Gesellschaft erhalten, und der Abbau struktureller Diskriminierung muss aktiv vorangetrieben werden. Zudem befürworten wir eine vereinfachte Formulierung.

## Antrag 12: SP Prättigau

- 5. Migration als Chance:** Angesichts der demografischen Entwicklung (niedrige Geburtenrate, Abwanderung und Alterung) ist Graubünden auf Zuwanderung angewiesen. Damit den Schulen nicht die Kinder ausgehen, die Dörfer lebendig bleiben und genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, ist Zuwanderung zu fördern und nicht zu behindern.

Siehe auch Anmerkung unter Antrag 1e betreffend Migration

Das Thema Zuwanderung von Arbeitskräften ist im Kanton Graubünden nicht so umstritten wie an anderen Orten. Vor allem auch weil die Gastronomie, das Baugewerbe, die Landwirtschaft, aber auch die hochspezialisierten Unternehmen im Kanton auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind.

### Umformulierung:

**Zuwanderung als Chance:** Angesichts der demografischen Entwicklung (niedrige Geburtenrate, Abwanderung und Alterung) ist Graubünden auf Zuwanderung angewiesen. Entsprechend sollte diese gefördert und nicht behindert werden.

### Modifiziert annehmen:

„**Migration als Chance:** Angesichts der demografischen Entwicklung - niedrige Geburtenrate, Abwanderung und Alterung - ist Graubünden auf Zuwanderung angewiesen. Entsprechend sollte diese gefördert und nicht behindert werden. Dazu gehört der chancengerechte Zugang zu Bildung und Weiterbildung, zum Arbeitsmarkt und zur gesellschaftlichen Teilhabe sowie der Abbau struktureller Diskriminierung.“

**Begründung:** Die Geschäftsleitung schlägt eine Kombination der beiden zu diesem Punkt eingereichten Anträge vor. Einerseits unterstützen wir das Anliegen, dass Migration nicht allein der Linderung des Fachkräftemangels dienen soll. Vielmehr müssen alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – chancengerechten Zugang zur Gesellschaft erhalten, und der Abbau struktureller Diskriminierung muss aktiv vorangetrieben werden. Zudem befürworten wir eine vereinfachte Formulierung.

## Antrag 13: SP Prättigau

- 6. Menschliches Asylwesen:** Die Bedingungen im Asylwesen müssen deutlich verbessert werden. Es sind genügend Unterbringungsmöglichkeiten an zugänglichen Standorten zu schaffen, die den Bedürfnissen der Menschen (z. B. Familien mit Kindern oder unbegleiteten Minderjährigen) gerecht werden. Ausserdem ist die Nothilfe für abgewiesene Asylsuchende zu erhöhen.

Siehe Ausführungen unter Antrag 1e

### Umformulieren:

Menschliche Asylpolitik: Die Bedingungen in der Asylpolitik müssen deutlich verbessert werden.

[...]

## Ablehnen

**Begründung:** Der Begriff „Asylpolitik“ unterscheidet sich inhaltlich von „Asylwesen“. Der Vorschlag wird nicht übernommen, da die ursprüngliche Formulierung präziser ist. Wir betreiben eine „menschliche Asylpolitik“ und fordern ein ebenso „menschliches Asylwesen“.

## Antrag 14: Rosalina Müller, Andri Schwarz

7. **Wege aus der Sucht:** Wir fordern präventive, aufsuchende, therapeutische und schadensmindernde Massnahmen im Suchtbereich. Dazu gehören spezifische Nacht- und Tagesstrukturen, ein bedingungsloses Wohnangebot sowie Möglichkeiten für den geschützten Konsum.

7. Wege aus der Sucht: Wir fordern präventive, aufsuchende, therapeutische und schadensmindernde Massnahmen im Suchtbereich. Dazu gehören spezifische Nacht- und Tagesstrukturen, ein bedingungsloses Wohnangebot sowie Möglichkeiten für den geschützten Konsum. **Betroffene dürfen nicht weiter kriminalisiert und somit einer noch härteren Repression ausgesetzt werden. Es muss auf eine schrittweise Legalisierung zur Entschärfung der Lage gesetzt werden.**

*Begründung: Es ist an dieser Stelle wichtig, sich klar gegen eine Kriminalisierung und somit weitere Prekarisierung und Repression auszusprechen. Suchtbetroffene dürfen nicht noch weiter an den Rand der Gesellschaft und in die Kriminalität gedrängt werden. So müssen wir im Suchtbereich auf Prävention, Therapie und Schadensminderung setzen und nicht auf Repression. Werden diese drei Säulen gestärkt, so entschärft eine Legalisierung die Lage weiter.*

**Modifiziert annehmen:** „Wege aus der Sucht: Wir fordern präventive, aufsuchende, therapeutische und schadensmindernde Massnahmen im Suchtbereich. Dazu gehören spezifische Nacht- und Tagesstrukturen, ein bedingungsloses Wohnangebot sowie Möglichkeiten für den geschützten Konsum. Betroffene dürfen nicht weiter kriminalisiert und somit einer noch härteren Repression ausgesetzt werden. ~~Es muss auf eine schrittweise Legalisierung zur Entschärfung der Lage gesetzt werden.~~“

**Begründung:** Der erste Satz des Antrags wird übernommen. Der zweite hingegen nicht, da die Legalisierung nicht in die Zuständigkeit des Kantons fällt.

# WIRTSCHAFT FÜR ALLE

## Antrag 15: Rosalina Müller, Andri Schwarz

1. **Kantonaler Mindestlohn:** Der Kanton Graubünden soll flächendeckend Mindestlöhne einführen und Massnahmen für mehr Lohngleichheit ergreifen. Zu fairen Arbeitsbedingungen gehören auch der Teuerungsausgleich und die Anhebung der mittleren und tiefen Löhne.

1. **Für gerechte Löhne:** ~~Kantonaler Mindestlohn:~~ Der Kanton Graubünden soll flächendeckend Mindestlöhne einführen und Massnahmen für mehr Lohngleichheit ergreifen. Zu fairen Arbeitsbedingungen gehören auch der Teuerungsausgleich und die Anhebung der mittleren und tiefen Löhne.

*Begründung: Es ist verwirrend, dass der Abschnitt mit dem kantonalen Mindestlohn eingeleitet wird, da im zweiten Satz auch von mittleren Löhnen die Sprache ist - deshalb schlagen wir eine etwas breitere Formulierung vor.*

Annehmen

## Antrag 16: SP Prättigau

3. **Nachhaltige Wirtschafts- und Tourismusförderung:** Wirtschaftsförderung muss an klare Vorgaben geknüpft werden. Graubünden soll ökologisch und sozial nachhaltige Arbeitsplätze, Branchen und Innovationen stärken. Grosses Potential liegt dabei beim Umbau zum nachhaltigen Ganzjahrestourismus.

Die Forderung ist recht generisch formuliert und müsste etwas präzisiert werden. Wie wir z.B. beim Projekt Genussmarkt der Vivonda Graubünden AG in Jenaz gesehen haben, wurde seitens AWT viel zu wenig genau hingeschaut, wie innovativ das Konzept in Tat und Wahrheit war und an wen die Aufträge für Bauarbeiten am Gebäude wurden. Am Ende wurden vom Kanton über eine Million Franken Steuergelder in ein Projekt investiert, das mit seinem Geschäftsmodell wenig innovativ war und mit seinem Angebot sogar direkt mit lokalen Hofläden respektive anderen Lebensmittelgeschäften im Prättigau konkurrenzierte. Für den Bau des Gebäudes wurde das einheimische (Bau)Gewerbe weitgehend nicht berücksichtigt.

### Umformulierung, Thema Tourismus ausgliedern:

**Zukunftsfähige Wirtschaftsförderung:** Wirtschaftsförderung muss an klare, objektive Qualitätskriterien geknüpft werden. Projekte müssen eingehend auf ihre Wirtschaftlichkeit und ihren Innovationsgrad, aber auch auf soziale, ökologische Kriterien überprüft werden.

**Modifiziert annehmen:** „Nachhaltige Wirtschafts- und Tourismusförderung: Wirtschaftsförderung muss an klare Vorgaben geknüpft werden. Graubünden soll ökologisch und sozial nachhaltige Arbeitsplätze, Branchen und Innovationen stärken. ~~Grosses Potential liegt dabei beim Umbau zum nachhaltigen Ganzjahrestourismus.~~“

**Begründung:** Die Geschäftsleitung unterstützt die Ausgliederung des Tourismus als eigenen Punkt. Die Umformulierung des übrigen Textes lehnen wir ab. Wir teilen nicht die Haltung der Antragsstellenden, dass Wirtschaftsförderung stets auch aus dem Blickwinkel der Wirtschaftlichkeit betrachtet werden muss. Wirtschaftsförderung birgt immer ein gewisses Risiko, insbesondere wenn Innovation vorangetrieben werden soll. Zur Ablehnung der Streichung des Begriffs „Nachhaltigkeit“ verweisen wir auf die bereits gemachten Ausführungen.

### **Antrag 17: SP Prättigau**

Der Tourismus ist eines der wichtigsten wirtschaftlichen Standbeine im Kanton. Mit 26.5 % Anteil an der Wertschöpfung und 31.5% an der Beschäftigung stellt einen wichtigen Wirtschaftsfaktor im Kanton dar. Der Klimawandel stellt für den Tourismus Risiken, aber auch Chancen dar, wie auch in der kantonalen Tourismusstrategie, die im Frühjahr 2024 präsentiert wurde, ausgeführt wird.

Im Sinne eines Orientierungsrahmens berücksichtigt die Strategie alle drei Aspekte (wirtschaftlich, sozial und ökologisch) der Nachhaltigkeit und zeigt entsprechend Destinationen wie auch Leistungsträgern des Bündner Tourismus mögliche Wege in die Zukunft auf. In dieser Strategie wird u.a. von «schneeunabhängigen» und einer Diversifikation der Angebote in Hinblick auf den Klimawandel und sich verändernde gesellschaftliche Bedürfnisse gesprochen. Es wird auch immer wieder erwähnt, dass die Natur- und Kulturlandschaften die wichtigste Ressource im Bündner Tourismus darstellen und dass die einheimische Bevölkerung miteinbezogen werden muss.

Ein möglicher Weg, die Landschaften zu schützen, und trotzdem touristisch zu nutzen, führt über Naturpärke. Entsprechend würde ich den Abschnitt 3, Natur- und Ressourcenschutz unter dem neuen Abschnitt Tourismus einbauen. Aber auch Naturpärke, wie der Tourismus generell, bewegen sich in einem Spannungsfeld von zum Teil gegenläufigen Interessen und sind deshalb nicht überall realisierbar.

### **Neuer Abschnitt Tourismus, Integration Thema Naturpark:**

**Zukunftsfähiger Tourismus:** Der Tourismus ein wichtiges Standbein der Bündner Volkswirtschaft und bietet viele Arbeitsplätze. In Anbetracht des Klimawandels liegt grosses Potential im Bereich des schneeunabhängigen Tourismus oder in Naturpärken. Tourismusförderung muss Rücksicht nehmen auf die Interessen von allen Beteiligten und Betroffenen und Destinationen dabei unterstützen, sich auf ihre unterschiedlichen und vielfältigen Stärken zu fokussieren.

**Modifiziert annehmen:**

**„Zukunftsfähiger Tourismus:** Um den für Graubünden wichtigen Tourismus zu sichern, braucht es einen Umbau zu einem ganzjährigen, nachhaltigen und sozial verträglichen Tourismus. Die Förderung schneeunabhängiger Angebote – etwa von Naturparks oder des Kulturtourismus – bietet grosse Chancen.“

**Begründung:** Wir unterstützen die Schaffung eines neuen Punktes zum Thema „Tourismus“. Der Kulturtourismus sollte dabei erwähnt werden, das Thema Kultur an sich soll jedoch grundsätzlich im Kapitel „Kultur“ verbleiben, um Wiederholungen zu vermeiden.

### **Antrag 18:** SP Prättigau

Ebenfalls Erwähnung finden sollte der Kulturtourismus. Wobei darauf zu achten ist, dass es nicht zur touristischen Verwertung der hiesigen Kulturgüter und des aktuellen Kulturschaffens kommt, sondern dass die Kulturakteur:innen auf Augenhöhe und selbstbewusst in Erscheinung treten. Nur dann kann von einem vitalen Kulturkanton Graubünden die Rede sein.

### **Neuer Abschnitt Kultur und Tourismus:**

**Kulturtourismus:** Die Reichhaltigkeit der Bündner Kultur gründet einerseits auf bedeutenden Kulturgütern aus früheren Zeiten, andererseits auf einer vitalen Kulturszene, die in allen Sparten höchste Ansprüche erfüllt. Sie prägt die Identität Graubündens auf anregende Weise und verhandelt sie immer wieder neu. Die touristischen Zugänge zur Wahrnehmung des Bündner Kulturschaffens gilt es konsequent auszubauen.

### **Ablehnen**

**Begründung:** Siehe Begründung zu „Zukunftsfähiger Tourismus“.

### **Antrag 19:** SP Prättigau

- 4. Zukunftsfähige Landwirtschaft:** Zu einer gesunden Volkswirtschaft gehört eine nachhaltige Landwirtschaft. Wir unterstützen sie auf dem Weg zur Klimaneutralität. Dafür soll sich der Plantahof zu einem Zentrum für klimaneutrale, biologische Landwirtschaft entwickeln und ein Modellprojekt für den gesamten Alpenraum sein.

Die Landwirtschaft prägt die Kulturlandschaften im Alpenraum, die wiederum eine wichtige Grundlage für den Tourismus im Kanton Graubünden darstellen. Fehlanreize in der heutigen Agrarpolitik und das Streben nach immer mehr Effizienz tragen aber dazu bei, dass es in der Landwirtschaft, egal ob es sich um konventionelle oder biologische Landwirtschaft handelt, zunehmend zu einer Intensivierung und Industrialisierung kommt. So geraten artenreiche, vielfältige Kleinstrukturen und alpine Kultur- und Naturlandschaften zunehmend unter Druck. Wertvoller Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten verschwindet.

Ein Grossteil der Betriebe im Kanton Graubünden betreiben heute biologische Landwirtschaft. Aber die Vorgaben für biologische Landwirtschaft sind keine Garantie dafür, dass die Betriebe mit ihren wertvollen Ressourcen Boden, Wasser und Biodiversität schonend umgehen.

Entsprechend geht es bei der Landwirtschaft nicht nur um das Thema Klimaneutralität, sondern vor allem auch um einen schonenden Umgang mit den Ressourcen (Stichwort: Kreislaufwirtschaft).

**Umformulieren:**

**Zukunftsfähige Landwirtschaft:** Zu einer gesunden Volkswirtschaft gehört eine standortangepasste Landwirtschaft, welche die vorhandenen Ressourcen im Sinne der Kreislaufwirtschaft möglichst effizient und schonend nutzt. Wir unterstützen die Landwirtschaft auf ihrem Weg zur Klimaneutralität. Gleichzeitig soll in Graubünden die vielseitige und kleinstrukturierte Landwirtschaft gefördert werden. Der Plantahof soll sich zu einem Kompetenzzentrum für klimaneutrale, regenerative, biologische Landwirtschaft entwickeln und so Inspiration für den gesamten Alpenraum werden.

**Modifiziert annehmen:** „Wir unterstützen die Landwirtschaft auf ihrem Weg zur Klimaneutralität. Gleichzeitig soll in Graubünden die vielseitige und kleinstrukturierte Landwirtschaft gefördert werden. Der Plantahof soll sich zu einem Kompetenzzentrum für klimaneutrale, regenerative, biologische Landwirtschaft entwickeln und so zur Inspiration für den gesamten Alpenraum werden.“

**Begründung:** Wir unterstützen die von den Antragsstellenden eingebrachten Ergänzungen teilweise. Insgesamt hält die Geschäftsleitung die vorgeschlagene Formulierung jedoch für zu ausführlich und wiederholend.

### 3. SOZIAL GERECHTER KLIMASCHUTZ, NACHHALTIGE MOBILITÄT UND BIODIVERSITÄT

**Antrag 20:** Rosalina Müller, Andri Schwarz

**Unser Anspruch:** Zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen führt kein Weg an der baldigen Erreichung der Klimaneutralität vorbei. Unser Ziel ist, Graubünden bis 2040 klimaneutral zu machen. Der Kampf gegen die Klimakrise ist dabei nicht nur eine ökologische Verpflichtung, sondern auch eine Chance. Diese wollen wir packen mit dem von uns aufgestellten Green Deal für Graubünden. Graubünden kann eine Pionierrolle einnehmen durch die Förderung nachhaltiger und zugleich landschaftsschonender Energieproduktion. Dadurch werden wir unabhängiger von autokratischen Regimen. Der Erhalt unserer Ökosysteme ist alternativlos.

Diese wollen wir mit dem von uns aufgestellten Green Deal für Graubünden. Graubünden kann eine Pionierrolle einnehmen durch die Förderung nachhaltiger und zugleich landschaftsschonender Energieproduktion. ~~Dadurch werden wir unabhängiger von autokratischen Regimen.~~ Der Erhalt unserer Ökosysteme ist alternativlos.

*Begründung: Der Satz in diesem Kontext kann als Forderung nach Energieautarkie Graubündens verstanden werden, was von Grund auf absolut keine Sozialdemokratische Forderung ist. Zudem ist Graubünden Teil des schweizerischen Stromnetzes und somit nicht unabhängig in der Stromproduktion. So wird durch eine verstärkt nachhaltige Energieproduktion im Kanton die Unabhängigkeit des Kantons von autokratischen Regimen nicht verstärkt.*

#### **Ablehnen**

**Begründung:** Die Geschäftsleitung empfiehlt, den Satz „Dadurch werden wir unabhängiger von autokratischen Regimen.“ im Parteiprogramm zu belassen. Wir sind weiterhin der Meinung: Je mehr erneuerbare Energie wir regional produzieren, desto weniger ist die Schweiz auf fossile Energieimporte aus autokratischen Staaten angewiesen. Dazu soll der Kanton Graubünden seinen Teil beitragen.

### VERKEHR UND MOBILITÄT

**Antrag 21:** Rosalina Müller, Andri Schwarz

- 1. ÖV für alle:** Wir wollen den öffentlichen Verkehr im ganzen Kanton ausbauen und zugänglich machen – mit dichten Fahrplänen, On-Demand-Lösungen und attraktiven Preisen, besonders für Jugendliche. Vergünstigungen oder Gepäcktransporte durch den öffentlichen Verkehr sollen ein Anreiz für die autofreie Anreise von Tourist:innen sein.

**1. ÖV für alle: Öffentlicher Verkehr muss für alle und im ganzen Kanton zugänglich und attraktiv sein. Dafür braucht es dichtere Fahrpläne, bedarfsgerechte On-Demand-Angebote und mittelfristig einen kostenlosen ÖV. Graubünden soll sich dabei auch auf nationaler Ebene engagieren und eine Vorreiterrolle übernehmen. Mobilität muss klimafreundlich, sozial gerecht und zu einem Angebot werden, das alle nutzen können.**

*Begründung: Wir finden, dass der öffentliche Verkehr langfristig für alle Menschen kostenlos sein sollte. Viele (junge) Menschen studieren oder arbeiten ausserhalb des Kantons. Deshalb ist es wichtig, dass sich Graubünden nicht nur kantonal, sondern auch national für einen gut ausgebauten, zugänglichen und attraktiven ÖV stark macht und eine Vorreiterrolle übernimmt.*

#### **Ablehnen**

**Begründung:** Gratis-ÖV für alle ist ein umstrittenes Thema, insbesondere aus rechtlicher Sicht. Zudem erscheint es aus klimapolitischer Perspektive in peripheren Regionen nicht durchgehend sinnvoll, den öffentlichen Verkehr kostenlos anzubieten. Wenig genutzte öffentliche Transportmittel sind nicht automatisch klimafreundlich. Daher bleiben wir bei unserer Position: Dichte Fahrpläne, der Ausbau von On-Demand-Lösungen und attraktive Preise sollen den ÖV stärken.

**Antrag 22:** Rosalina Müller, Andri Schwarz

**6. Klimaneutraler Verkehr und E-Mobilität:** Um fit für die Zukunft zu sein, braucht es eine Verdichtung der Infrastrukturanlagen für die E-Mobilität und die Förderung von Car-Sharing-Angeboten.

**6. Wer auf ein Auto angewiesen ist, sollte nicht unter zu hohen Kosten leiden müssen. Vielmehr müssen Car-Sharing-Angebote gefördert werden.**

*Begründung: Wir finden, dass E-Autos nicht ins Parteiprogramm der SP Graubünden gehören. Erstens, weil unser Fokus auf dem öffentlichen Verkehr und nicht auf dem Individualverkehr liegen sollte. Zweitens, weil E-Autos weder ökologisch noch sozial nachhaltig sind: Ihre Batterien brauchen viele Rohstoffe, die meist unter ausbeuterischen Bedingungen im sog. globalen Süden abgebaut werden. Natürlich gibt es Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind – das erkennen wir an und erwähnen wir in der modifizierten Version entsprechend. Aber E-Autos sind keine gerechte oder nachhaltige Lösung dafür.*

**Modifiziert annehmen:** „Klimaneutraler Verkehr und E-Mobilität: Um fit für die Zukunft zu sein, braucht es eine Verdichtung der Infrastrukturanlagen für die E-Mobilität und die Förderung von Carsharing-Angeboten. **Ziel muss der Umstieg auf klimafreundliche Mobilität sein – mehr ÖV, Velo oder gemeinschaftlich genutzte Fahrzeuge statt mehr Individualverkehr.**“

**Begründung:** E-Mobilität umfasst nicht nur E-Autos im motorisierten Individualverkehr. Wir ergänzen den ursprünglichen Vorschlag jedoch um das übergeordnete Ziel sowie der klimafreundlichen Mobilität und dessen Plausibilisierung.

## NATUR- UND RESSOURCENSCHUTZ

### Antrag 23: SP Prättigau

3. **Naturpärke ausbauen:** Naturpärke bieten Schutz und Erholungsraum gleichermaßen. Sie müssen nachhaltig weiterentwickelt und als touristische wie auch ökologische Projekte gefördert werden.

**Streichen und Thema Naturpärke in den neuen Abschnitt Tourismus integrieren,** siehe Antrag 3e.

### Annehmen

Der Vorschlag wird, vorbehaltlich der Annahme der entsprechenden Anträge im Kapitel „Wirtschaft für alle“, zur Annahme empfohlen.

### Antrag 24: SP Prättigau

5. **Klimafitte Wälder:** Unsere Wälder müssen auf den Klimawandel vorbereitet werden, durch nachhaltige Forstwirtschaft, Schutz vor Wildschäden und gezielte Aufforstung.

Der Wald erfüllt verschiedene Funktionen: Er ist Lebensraum für allerlei Tiere und Pflanzen, Erholungsraum für Menschen, liefert Holz für Bauwirtschaft und Energie, vor allem aber auch bietet er im Kanton Graubünden Schutz vor Naturgewalten.

Entsprechend ist die nationale respektive kantonale Waldpolitik darauf ausgerichtet, insbesondere Schutzwälder klimafit(ter) zu machen. So finden bereits heute gezielte Aufforstungen mit robusten Baumarten (Wärme, Trockenheit) statt. Zum Teil werden diese Aufforstungen zum Teil auch mit Schutzzäunen gegen Wildverbiss geschützt.

### Umformulierung:

Gesunde Wälder: Damit unsere Schutzwälder Siedlungen und Infrastruktur zuverlässig gegen Naturereignisse schützen können, müssen sie mit gezielter Waldverjüngung und Schutz gegen Wildverbiss durch Schalenwild klimafit gemacht werden.

**Modifiziert annehmen:** „Gesunde Wälder: Der Wald erfüllt zentrale Funktionen für Mensch und Umwelt: Als Schutzwald, Klimaschützer, Lebensraum für zahlreiche Arten und Erholungsraum.“

Insbesondere unsere Schutzwälder müssen Siedlungen und Infrastruktur zuverlässig gegen Naturereignisse schützen können. Dafür braucht es eine gezielte Waldverjüngung und mehr Schutz gegen Wildverbiss durch Schalenwild.“

**Begründung:** Die Geschäftsleitung ist – wie auch von den Antragsstellenden in ihrer Begründung hervorgehoben – der Auffassung, dass der Wald nicht nur eine Schutzfunktion erfüllt, sondern auch weitere wichtige Aufgaben wahrnimmt. Diesem Umstand wird mit dem modifizierten Antrag Rechnung getragen. Den Titel sowie weitere Anpassungen übernehmen wir von den Antragsstellenden.

## **Antrag 25:** SP Prättigau

- 6. Koexistenz mit Grossraubtieren:** Grossraubtiere wie Wölfe und Luchse sind ein wichtiger Teil unserer Ökosysteme und tragen zur Regulierung von Wildbeständen bei. Ihr Schutz und eine Koexistenz mit der Berglandwirtschaft müssen durch sinnvolle Massnahmen gewährleistet werden.

Grossraubtiere können eine Rolle spielen bei der Regulierung von Schalenwild und somit zur Waldverjüngung und Biodiversität beitragen. In Europa ist dieser Effekt allerdings noch nicht genügend wissenschaftlich erforscht.

Eine Koexistenz von Wolf und Mensch (insbesondere die Landwirtschaft) ist möglich, bedingt jedoch einen konsequenten Herdenschutz, der seitens Bund und Kanton ausreichend finanziert wird.

Der Bund will sich aus seiner Verpflichtung herausnehmen und die Finanzierung des Herdenschutzes immer mehr an die Kantone auslagern, was (gewollt) kontraproduktiv sein könnte und vor allem nicht gerecht ist. Denn der Kanton Graubünden hat vergleichsweise viele Rudel sowie eine anspruchsvolle Topografie, weshalb höhere Kosten auf den Kanton Graubünden zukommen als auf andere Kantone.

Wie die Abstimmung zum Jagdgesetz gezeigt hat, ist es vor allem die «urbane» Bevölkerung, die ein grosses Interesse am Schutz von Wolf und Luchs bekundet. Im Kanton Graubünden ist es vermutlich eher eine Minderheit, wenn man die Abstimmungsergebnisse anschaut.

Die zwei extremen Positionen sind der absolute Schutz versus die Ausrottung der Wolfspopulationen. Die SP Graubünden sollte hier deutlicher Stellung beziehen und sich für einen konsequenten, ausreichend finanzierten Herdenschutz einsetzen und eine *seriöse* Regulierung von problematischen Individuen basierend auf breit anerkannten, wissenschaftlichen Erkenntnissen und nach genauer Abklärung durch das AJF dulden.

### **Umformulierung:**

Koexistenz mit Grossraubtieren: Wölfe und Luchse sind Teil unserer Ökosysteme und können zur Regulierung von Wildbeständen und somit zum Schutz vor Wildverbiss respektive Förderung der Waldverjüngung beitragen. Eine Koexistenz von Berglandwirtschaft und Grossraubtieren kann

aber nur mit konsequentem und vor allem gerecht finanziertem Herdenschutz gewährleistet werden.

**Modifiziert annehmen:** „Grossraubtiere wie Wölfe und Luchse sind ein wichtiger Teil unserer Ökosysteme und tragen zur Regulierung von Wildbeständen und damit zum Schutz vor Wildverbiss bei. Ihr Schutz und eine Koexistenz mit der Berglandwirtschaft müssen ~~durch sinnvolle Massnahmen gewährleistet werden.~~ **durch sinnvolle Massnahmen, insbesondere mit einem konsequenten und vor allem gerecht finanzierten Herdenschutz, gewährleistet werden.“**

**Begründung:** Die Ergänzungen der Antragstellenden werden unterstützt. Wir schlagen eine leichte Umformulierung vor.

## 4. CHANCENGLEICHHEIT SICHERN, VIELFALT LEBEN, DEMOKRATIE STÄRKEN

### Antrag 26: SP Prättigau

**Ausgangslage:** Bildung und Kultur sind unter Rentabilitätsdruck und müssen ständig gegen Abbaupläne verteidigt werden. Die Vielseitigkeit und Vielsprachigkeit Graubündens wird zu oft als Last und nicht als Stärke verstanden. Ein konservativer Umschwung stellt feministische Errungenschaften in Frage. Insgesamt gefährden Desinformation, Ignoranz, Hass und Vorurteile die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Siehe auch Antrag 1c bezüglich Feminismus.

#### Umformulierung:

[...] Ein konservativer Umschwung stellt die gesellschaftlichen Errungenschaften in Sachen Gleichstellung oder Inklusion in Frage. [...]

**Modifiziert annehmen:** Ein konservativer Umschwung stellt liberale und feministische Errungenschaften in Frage.

**Begründung:** Die Begründung für den Erhalt des Begriffs „Feminismus“ findet sich beim Antrag zur Einleitung. Wir möchten jedoch auch hier dem Umstand Rechnung tragen, dass Errungenschaften nicht nur im Bereich des Feminismus angegriffen werden.

## Antrag 27: SP Prättigau

**Unser Anspruch:** Bildung ist unsere wichtigste Ressource. Die Sozialdemokratie setzt sich für die öffentliche Volksschule ein, die eine Inklusion aller Kinder gewährleistet. Im Zentrum der Bildungspolitik muss die Qualität und Chancengleichheit stehen. Graubünden soll zudem ein attraktiver Hochschulstandort sein.

Chancengleichheit als Konzept ist weniger inklusiv als Chancengerechtigkeit. Gerade im Bildungsbereich wird deshalb gerne von Chancengerechtigkeit gesprochen.

### Umformulierung:

Kapitelüberschrift und Textpassage

**Annehmen**

## Bildung

## Antrag 28: SP Prättigau

- 7. Attraktiver Hochschulstandort:** Die Lehre und Forschung an den Bündner Hochschulen müssen der Zukunft der Bündner Gesellschaft dienen. Innovative Projekte im Bereich der Nachhaltigkeit sind zu priorisieren.

Die Aussage, dass Lehre und Forschung an den Bündner Hochschulen der Zukunft der Bündner Gesellschaft dienen müssen, ist im Grundsatz richtig. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der Lehr- und Forschungsfreiheit gehen. Mit Blick auf die jüngsten Übergriffe der Politik auf die Universitäten in den USA, müsste diese Aussage etwas umformuliert werden.

### Umformulieren:

Die Lehre und Forschung an den Bündner Hochschulen ist dahingehend zu stärken, dass sie aktuelle Bedürfnisse und zukünftige Perspektiven sowohl grundlegend als auch lösungsorientiert aufzugreifen vermag.

**Ablehnen**

**Begründung:** Wir mussten im Grossen Rat wiederholt dafür kämpfen, dass Bildung – insbesondere im Bereich der Hochschulen – nicht primär der Bündner Wirtschaft, sondern der Bündner Gesellschaft dient. Die Geschäftsleitung erachtet es daher als richtig, die ursprüngliche Formulierung beizubehalten. Zudem sind wir nicht der Meinung, dass Forschung und Lehre im Sinne der Bündner Gesellschaft im Widerspruch zur Forschungsfreiheit stehen.

## KULTUR UND SPRACHE

### Antrag 29: SP Prättigau

- 5. Medienvielfalt:** Eine funktionierende Demokratie braucht eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft, die alle Sprachgruppen repräsentiert und eine informierte Bevölkerung sicherstellt. Der Kanton Graubünden muss eine Lösung finden, um bestehende Medien zu unterstützen und Rahmenbedingungen für mehr Medienvielfalt schaffen.

Nicht die gesamte Medienlandschaft kann unabhängig sein im Kanton Graubünden. Aber der Journalismus sollte möglich unabhängig sein.

#### Umformulieren:

**Medienvielfalt:** Eine funktionierende Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft und einen unabhängigen Journalismus, [...]

Annehmen

## DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ

### Antrag 30: Rosalina Müller, Andri Schwarz

- 6. Europäischer Zusammenhalt:** Graubünden als Grenzkanton profitiert enorm von einem starken, demokratischen Europa. Wir setzen uns auf nationaler Ebene für ein gutes institutionelles Verhältnis zur Europäischen Union ein und pflegen freundschaftliche Kontakte zu unseren Nachbarregionen und setzen uns für eine konstruktive Zusammenarbeit ein.

**6. Internationale Solidarität: Graubünden als Grenzkanton ist im Besonderen auf eine gute Beziehung zu den Nachbarstaaten angewiesen. Wir setzen uns deshalb auf nationaler Ebene konsequent für eine konstruktive internationale Zusammenarbeit, sowie internationale Solidarität ein und pflegen freundschaftliche Kontakte zu unseren Nachbarregionen.**

*Begründung: Die Aussage, Graubünden profitiere als Grenzkanton von einer guten Beziehung zu den Nachbarstaaten, teilen wir. Es ist uns aber wichtig, dass im Parteiprogramm die Internationale Solidarität als Grundpfeiler des Sozialismus betont wird und wir nicht in einen europäischen Nationalismus verfallen, denn es braucht heute mehr denn je eine konstruktive internationale Solidarität und Zusammenarbeit.*

## Ablehnen

**Begründung:** Ein starkes Europa und die Europäische Union sind für die Sozialdemokratie, aber auch für den Kanton Graubünden, von zentraler Bedeutung. Gerade in Zeiten, in denen autokratische und faschistische Regime weltweit zunehmen, müssen wir für ein demokratisches und vereintes Europa kämpfen. Wir teilen die Analyse der Antragstellenden nicht, dass wir damit europäischen Nationalismus fördern. Im Gegenteil: Ein vereintes und demokratisches Europa wirkt dem Nationalismus entgegen.

## Antrag 31: Rosalina Müller, Andri Schwarz

7. **Digitalisierung vorantreiben:** Die Digitalisierung muss auf allen Staatsebenen vorangetrieben und koordiniert werden. Sie soll dazu dienen, staatliche Dienstleistungen einfacher in Anspruch nehmen zu können. Dabei darf niemand zurückgelassen werden.

7. Digitalisierung vorantreiben: Die Digitalisierung muss auf allen Staatsebenen vorangetrieben und koordiniert werden. **Der Schutz persönlicher Daten muss dabei aber immer oberste Priorität haben.** Sie soll dazu dienen, staatliche Dienstleistungen einfacher in Anspruch nehmen zu können. Dabei darf niemand zurückgelassen werden.

*Begründung: Mit jeder Suche im Internet, mit jeder Frage an Chat-GPT, mit jedem Artikel den wir im Internet kaufen, geben wir persönliche Informationen preis, die von Techgiganten gespeichert werden. Ohne den Schutz und klare Regelungen besteht die Gefahr, dass unsere Daten missbraucht oder verkauft werden. Datenschutz ist deshalb zentral: Er schafft Transparenz, schützt unsere Privatsphäre und sorgt dafür, dass alle Menschen der daran teilhaben können.*

**Modifiziert annehmen:** „Der Schutz der Daten muss dabei hohe Priorität haben.“

**Begründung:** Der Schutz persönlicher Daten ist von grosser Bedeutung. Allerdings halten wir die Vehemenz der Formulierung „immer oberste Priorität“ in diesem Kontext für zu stark. Datenschutz stellt eine enorme Herausforderung dar. Wir befinden uns hier im Kontext der Beziehung zwischen Staat und Bürger:in, nicht im Hinblick auf die grossen Techkonzerne. Daher schlagen wir vor, die Formulierung auf „hohe Priorität“ anzupassen.